

Pressemitteilung

EU-Handelspolitik steht im Widerspruch zum Green Deal – LK fordert Einführung von EU-Klimazöllen

Die Europäische Union strebt mit dem Green Deal eine Vorreiterrolle in Sachen Klima- und Umweltschutz an. Gleichzeitig droht die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft durch immer höhere Standards geschwächt zu werden. So wird die heimische Lebensmittelerzeugung tendenziell immer stärker durch Agrarimporte zu Dumping-Standards verdrängt. „Das derzeit zur Entscheidung vorliegende EU-Mercosur-Abkommen steht exemplarisch für die fehlgeleitete EU-Handelspolitik. Künftige Handelsabkommen müssen sicherstellen, dass Agrarprodukte nur dann zollfrei gehandelt werden dürfen, wenn diese europäischen oder gleichwertigen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards entsprechen. Die Landwirtschaftskammer fordert daher die Einführung sogenannter „EU-Klimazölle“ für Agrar- und Lebensmittelimporte in die EU, die nicht europäischen Standards entsprechen“, erklärt LK Präsidentin Michaela Langer-Weninger.

Mehr „Fairtrade“ für Agrarprodukte und Lebensmittel

Für eine erfolgreiche und wirtschaftlich machbare Umsetzung des EU Green Deal ist eine grundlegende Anpassung der EU-Handelspolitik erforderlich. Insbesondere müssen Instrumente und Mechanismen erarbeitet werden, welche die Kostendifferenzen zwischen internationalen und europäischen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards ausgleichen. Lebensmittel und Agrargüter, die mit in der EU verbotenen Substanzen oder Verfahren hergestellt werden, müssen mit einem generellen Importverbot belegt werden. Gerade die aktuelle Krisen- und Pandemie-Situation zeigt, dass es dabei auch um die Sicherstellung einer stabilen und krisensicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln geht. „Unsere Bäuerinnen dürfen nicht in einen unfairen bzw. ruinösen Wettbewerb mit Südamerikanern, Australiern oder Neuseeländern gedrängt werden. Dabei geht es nicht nur um die Einkommen unserer Bauernfamilien, sondern um den Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen entlang der gesamten Lebensmittel-Wertschöpfungskette in Europa und bei uns in Österreich“, betont Kammerpräsidentin Michaela Langer-Weninger und ergänzt: „Auch

angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise bedürfen der Green Deal und die Handelspolitik der EU dringend einer raschen Korrektur.“



*EU-Klimazölle sind als
Grenzausgleich im Klimaschutz
unverzichtbar, betont LK
Präsidentin Michaela Langer-
Weninger. Bildnachweis: LK OÖ;
Abdruck honorarfrei*

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at